

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pppn d

## Inhalt

Hans-Jürgen Wischnewski  
MdB, stellvertretender Vor-  
sitzender der SPD, wider-  
legt Behauptungen des CDU/  
CSU-Abgeordneten Wörner:  
Dregger für deutsche Sol-  
daten am Golf. Seite 1/2

Wolfgang Curilla, Hamburgs  
Senator für Naturschutz und  
Umweltgestaltung, erläutert  
die umweltpolitische Kon-  
zeption der Hansestadt:  
Vorbeugen ist besser als  
heilen. Seite 3-5

Bernd Rebe, Vizepräsident  
der Universität Hannover,  
untersucht die Selbstän-  
digenpolitik der SPD: Eine  
schlummernde Reserve.  
Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 812-1

35. Jahrgang / 95

20. Mai 1980

Dregger: Deutsche Soldaten zum Golf

Die Behauptungen des Abgeordneten Wörner sind widerlegt

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

In der Bundestagsdebatte vom 13. Mai 1980 nach den Ereig-  
nissen in Bremen ist es zu einer heftigen Auseinander-  
setzung gekommen, als ich die Forderung von CDU-Politi-  
kern nach deutschen Soldaten am Golf als lebensgefähr-  
lich bezeichnet habe.

Der Abgeordnete Wörner der CDU/CSU führte dabei in einer  
Zwischenfrage aus:

"Herr Kollege Wischnewski, sind Sie bereit, erstens  
Beweise für diese ungeheuerliche Behauptung vorzu-  
legen und zweitens zur Kenntnis zu nehmen, daß  
sämtliche Politiker der CDU/CSU, und zwar wieder-  
holt, deutlich und vom ersten Tage an, zum Aus-  
druck gebracht haben, daß ein Einsatz der Bundes-  
wehr außerhalb des Gebiets der NATO nicht in Fra-  
ge komme? Ich frage Sie drittens, was Sie veran-  
laßt, entgegen diesen Tatsachen die Wahlkampfver-  
giftung im Lande Nordrhein-Westfalen hier fortzu-  
setzen."

Der Abgeordnete Dregger, stellvertretender Vorsitzender  
der CDU und stellvertretender Faktionsvorsitzender der  
CDU/CSU-Fraktion, hatte am 25. Januar 1980 im "Express"  
unter anderem folgendes geschrieben:



"Zur Abwehr der globalen Bedrohung ist es notwendig, durch maritime Kräfte, durch Interventionsstreitkräfte und Stützpunkte, insbesondere im Bereich des Persischen Golfs und der Kaproute eine militärische Lage zu schaffen, die es den Staaten der Dritten Welt ermöglicht, eine von Moskau unabhängige Politik zu betreiben."

Die Forderung nach militärischem Engagement am Golf ist eindeutig.

Im gleichen Beitrag von Dr. Dregger heißt es an anderer Stelle:

"In Anbetracht der Tatsache, daß die Einwohnerzahl der neun EG-Staaten größer ist als der USA, daß das Bruttosozialprodukt der EG-Staaten und der USA etwa gleich groß ist und daß die Abhängigkeit Europas von Übersee größer ist als die der USA, kann es keine Rechtfertigung für das Verlangen der Europäer an die USA geben, diese sollten uns kontinental mitverteidigen und global allein verteidigen. Wir Deutsche können uns nicht unter Berufung auf Hitler der Pflicht entziehen, einen Beitrag zur Abwehr der globalen Bedrohung zu leisten. Sicherheitspolitik ist eine Last, die im Interesse der gemeinsamen Sicherheit des Westens zu leisten ist."

Hier wird also nicht nur ein europäischer Beitrag, sondern auch ein deutscher Beitrag gerechtfertigt.

Dieser Beitrag von Dr. Dregger ist am 24. Januar 1980 im Pressedienst der CDU/CSU-Bundestagsfraktion veröffentlicht worden, ohne Überschrift. Die Redaktion des "Express" hat dem Artikel von Dr. Dregger in seiner Ausgabe vom 25. Januar 1980 die Überschrift gegeben: "Notfalls müssen deutsche Soldaten Öl-Golf schützen".

Diese Überschrift ist völlig zu Recht ausgewählt worden. Sie entspricht dem Inhalt des Beitrags. Damit ist die Frage von Dr. Wörner beantwortet, seine Behauptungen sind widerlegt. Das Thema kann leider nicht zu den Akten gelegt werden. Eine Dokumentation der SPD wird zeigen, daß es weitere ähnliche Ausführungen gibt.

(-/20.5.1980/hi/ca)

+

+

+



Vorbeugen ist besser als heilen

-----

Erfolgreiche Umweltpolitik nur mit ehrlicher Bestandsaufnahme und klarer Perspektive

Von Wolfgang Curilla

Senator für Naturschutz und Umweltgestaltung  
der Freien und Hansestadt Hamburg

Mit der Vorlage der "Umweltpolitischen Konzeption" löst der Senat die in seiner Regierungserklärung versprochene Aufwertung der Umweltpolitik ein. Ausgehend von einer gründlichen Analyse der Umweltsituation werden programmatische Aussagen zum Umweltschutz entwickelt, die mit einem konkreten Handlungskonzept verwirklicht werden sollen, um den ökologischen Erfordernissen im Raum Hamburg Rechnung zu tragen. Nur nach einer ehrlichen Bestandsaufnahme und mit einer klaren Perspektive kann Umweltpolitik erfolgreich durchgesetzt werden. Gerade für den Bereich Umweltpolitik ist es bedeutsam, die Phase des verwaltungsmäßigen Reagierens zu verlassen und in die Phase des politischen Agierens Überzuwechseln.

Im Mittelpunkt der Konzeption stehen gezielte Maßnahmen zur Reinhaltung von Luft und Wasser sowie zur Pflege von Natur und Landschaft. Vorrangige Aufgabe ist dabei, die Schadstoffbelastung insgesamt zu senken und die Landschafts- und Stadtentwicklung auf ökologische Ziele auszurichten. Dafür sind in Hamburg die Grundlagen geschaffen; so liegen der Technische Umweltschutz und die Verantwortung für die Grünbereiche in einer Hand. Erst die Einheit von Umweltschutz und Umweltgestaltung ermöglicht eine ökologisch orientierte Umweltpolitik.

Von den über 100 Einzelmaßnahmen des "Umweltpolitischen Konzepts" seien einige kurz vorgestellt:

Analog zu der Vielschichtigkeit und der Vielfalt der Probleme des Umweltschutzes und der Umweltgestaltung kommt es bei dem Entwurf des umweltpolitischen Handlungskonzeptes wesentlich darauf an, die Lücken im Kenntnisstand über die ökologischen Zusammenhänge zu schließen. Dazu ist langfristig der Aufbau einer ökologischen Datenbank projektiert. Kurzfristig wird mit der Anlage von Datensammlungen (zum Beispiel Immissions-, Emissions- und Wirkungskataster, Bodenanalyseprogramm, Biotopkartierung) begonnen.

Die Folgen der Ausweitung der industriellen und gewerblichen Produktion, die Konsequenzen der Technisierung weiter Lebensbereiche und die negativen Begleiterscheinungen der immer stärker werdenden Motorisierung haben in den letzten Jahren dazu geführt, daß der Luftreinhaltung eine immer größere Bedeutung beigemessen wird, insbesondere in industriellen Ballungsgebieten mit hoher städtebaulicher Verdichtung. Als wesentlicher Teil der Luftreinhaltungsstrategie wird eine Meßwertfassungszentrale mit einem kontinuierlichen Meßsystem etwa ab 1982 funktionsfähig zur Verfügung stehen, um anstelle der bisherigen Stichprobenmessungen die erforderlichen Meßergebnisse zum Beispiel für Genehmigungsverfahren, vorlegen zu können.

Um auf die sich häufenden Beschwerden aus der Bevölkerung über Schadstoffimmissionen schnell reagieren zu können, ist ferner der Einsatz mobiler Meßfahrzeuge vorgesehen, die mit moderner Technik ausgestattet sind und bei Bedarf rund um die Uhr für Einsätze im gesamten Stadtgebiet zur Verfügung stehen.

Ein weiteres Schwergewicht des Luftreinhaltungsplanes liegt in dem Bestreben, die Schadstoffbelastungen direkt an der Quelle zu reduzieren - wie zum Beispiel in dem Bereich



von Gewerbe und Industrie -. In Hamburg befinden sich - überschlägig geschätzt - etwa 7.000 bis 8.000 genehmigungspflichtige Anlagen in Gewerbe- und Industriebetrieben. Da davon auszugehen ist, daß viele der früher genehmigten Anlagen nicht mehr dem heutigen Stand der Technik entsprechen und der Kreis der genehmigungsbedürftigen Anlagen noch nicht lückenlos erfaßt ist, wird der Senat die personellen Kapazitäten für die Genehmigung der Überwachung aller Anlagen erheblich verstärken. Für die Überwachung werden - je nach Art dieses Betriebes - interdisziplinär arbeitende Mitarbeiterteams zusammengestellt.

Parallel dazu wird der Senat alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Betriebe künftig zur aktiven Mitwirkung bei dieser Aufgabe - zum Beispiel durch die regelmäßige Abgabe von Immissionserklärungen, Einsatz selbstschreibender Kontroll- und Meßgeräte - heranzuziehen.

Durch die intensivierte Überwachung sowie systematische Überprüfung und Anpassung der Genehmigung ergibt sich in vielen Fällen zwangsläufig die Notwendigkeit zur Sanierung von Betrieben. Nachträgliche Auflagen können jedoch nur erteilt werden, wenn sie nach dem Stand der Technik erfüllbar und für das Unternehmen wirtschaftlich vertretbar sind. Auch für Betriebe, bei denen eine Reduzierung der Schadstoffemissionen nicht möglich scheint, weil sonst eine Gefährdung der Arbeitsplätze eintreten würde, will der Senat eine Verbesserung der Umweltqualität durchsetzen. Deshalb sollen diese Unternehmen für einzelne Anlagen Sanierungszuschüsse erhalten, um sowohl die Umweltbelastung zu senken als auch die Arbeitsplätze zu sichern.

Ziel des hamburgischen Senats bei der Gewässerreinigung ist es, die Abwassermengen grundsätzlich über das städtische Siedernetz den Klärwerken zuzuleiten, in denen es vor Einleitung in ausreichendem Maße gereinigt wird. Das Siedernetz in Hamburg ist seit 1948 mit einem finanziellen Aufwand von über zwei Milliarden DM mehr als verdoppelt worden. Die Gesamtlänge aller Siele beträgt heute rund 4.400 Kilometer. Dennoch haben diese Leistungen bisher nicht ausgereicht, um alle Probleme auf dem Gebiet der Abwasser-sammlung, -ableitung und -behandlung auszuräumen. Ständig gestiegener und weiter steigender Wasserverbrauch, die Erschließung von Bauland, die zunehmende Befestigung (Versiegelung!) des Stadtgebietes durch Bebauung haben zur Überlastung des hamburgischen Siedernetzes geführt.

Zur Lösung der abwassertechnischen Aufgaben hat der Senat frühzeitig ein umfassendes Sammler- und Klärwerksbauprogramm beschlossen. Dieses Programm befindet sich seit 1967 und mit erheblich größerer Mittelausstattung seit 1974 in der Ausführung. Als Folge dieser Anstrengungen wird 1980/1982 die Einleitung von bisher noch unbehandeltem Abwasser in Harburg und Wilhelmsburg aufgehoben werden können. Im Jahre 1982 wird die Erweiterung des Klärwerks Köhlbrand-Höft und 1987/1988 das Klärwerk Dradenau in Betrieb gehen. Die dann zur Verfügung stehenden Klärwerkskapazitäten werden es erlauben, über die vollbiologische Reinigung hinaus einen weitgehenden Abbau auch der Ammonium-Verbindungen auf diesen Anlagenteilen erledigen zu können. Dies wird eine zusätzliche Entlastung der Elbe bedeuten.

Um die Strategien zur Reinhaltung der Gewässer entsprechend ihrer Nutzung und Bedeutung wirksam werden zu lassen, muß der Schutz der Gewässer noch mehr verstärkt werden. Diesem Schutz dienen sowohl die Gewässeraufsicht als auch die Überwachung, insbesondere von Gewerbe- und Industriebetrieben. Deshalb müssen die gegebenen rechtlichen Möglichkeiten voll ausgeschöpft werden.

Neue Wertvorstellungen und ein geschärftes Umweltbewußtsein lassen den Bürger die Bebauung freier Landschaft, die Zerschneidung durch Verkehrswege, Lärm und die Verschmutzung seiner Umwelt als seine Lebensqualität bedrohende Eingriffe wahrnehmen. Ob-



gleich es auch in Zukunft unumgänglich sein wird, die freie Landschaft für die städtische Entwicklung in Anspruch zu nehmen, so darf dies jedoch nur unter Berücksichtigung der ökologischen Belastbarkeit des Gesamtgebietes geschehen. Dies muß Richtschnur bei der Verwirklichung des Flächennutzungsplanes sein; Wirtschaftskraft und Lebensqualität für den Bürger entscheiden über die Lebensfähigkeit der Stadt Hamburg.

Ein besonderes Charakteristikum des Hamburger Landschaftsraumes ist seine reiche Ausstattung mit Waldflächen. Vom Inneren der Stadt bis in die ferneren Außengebiete durchzieht eine Anzahl von Fleeten, Seen, natürlichen Wasserläufen und Bracks die Landschaft. Sie sollen als Hamburg-typische Landschaftsteile dort verstärkt als Erholungsgebiete für die Bürger zugänglich sein, wo dies ohne Gefährdung seltener Pflanzen- und Tierarten möglich ist. Besonders viele dieser Arten sind auf Feuchtgebiete und Uferlebensräume angewiesen.

Viele gefährdete Tier- und Pflanzenarten können nur dann erhalten werden, wenn ihre angestammten Lebensräume in einen ungestörten naturnahen Zustand verbleiben. Deshalb ist Artenschutz heute nur über verstärkten Lebensraumschutz möglich.

Bisher gibt es in Hamburg schon 14 Naturschutzgebiete. Dies sind mit etwa 2.500 Hektar rund drei Prozent des Hamburger Staatsgebietes. Damit liegt Hamburg an der Spitze der Bundesländer.

Geschützte Naturflächen können ihre Ausgleichsfunktionen nur dann erfüllen, wenn in ausreichender Größe möglichst verschiedenartige Lebensräume netzartig über die Landesfläche verteilt sind. Neben einer ausreichenden Flächengröße der Schutzgebiete ist die repräsentative Auswahl der zu schützenden Objekte beziehungsweise Öko-Systeme und deren räumliche Verteilung von Bedeutung. Es wird daher für den Ballungsraum Hamburg ein leistungsfähiges System integrierter Schutzformen angestrebt. Beim Flächenschutz sind folgende Maßnahmen von besonderer Bedeutung:

1. Eine flächendeckende Biotopkartierung erbringt eine Übersicht über die Verteilung der schutzwürdigen Lebensräume in Hamburg. Dies ist außerordentlich dringend, da fast täglich schützenswerte Biotope unerkannt verlorengehen.
2. Biotoppflege und
3. Regenerierungsmaßnahmen, mit denen die Vielfalt der natürlichen Lebensräume wieder hergestellt werden soll. Solche Maßnahmen sind zum Beispiel der Anbau von Mooren und sonstigen ehemaligen Feuchtgebieten und der Aufbau natürlicher Ufervegetationen.

Die fortschreitende Inanspruchnahme der Natur durch den Menschen hat allgemein zu einer Verringerung des Artenbestandes von Pflanzen und Tieren geführt. Neben dem schon erwähnten Flächenschutz, der die Lebensräume der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten erhält, stellt der Artenschutz das klassische Instrument des Naturschutzes dar. Informationen über das ganze Ausmaß der im Hamburger Raum gefährdeten Tier- und Pflanzenarten sind noch außerordentlich mangelhaft. Daher sollen im Rahmen einer Artenkartierung vorrangig alle gefährdeten oder bedrohten Tiere und Pflanzen erfaßt werden. Darüber hinaus werden künftig verstärkt und schwerpunktmäßig Umsiedlungs- und Wiederansiedlungsprogramme entwickelt und ausgeführt.

Saubere Luft, reines Wasser und nicht belasteter Boden, eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt sowie Ruhe und Entspannung in einer menschenwürdigen Umgebung stellen unsere Lebensgrundlagen und die der kommenden Generationen dar. Finanzielle Aufwendungen für die Umwelt sind notwendige und gewinnträchtige Zukunftsinvestitionen. Was heute unterlassen wird, wird morgen noch teurer oder irreparabel sein. Vorbeugen ist besser als heilen!

(-/20.5.1980/ks/ca)

+ + +



Eine schlummernde Reserve  
-----

## Selbständige in der SPD - Selbständigenpolitik in der SPD

Von Professor Dr. Bernd Rebe

Vizepräsident der Universität Hannover

Die SPD wird in der Öffentlichkeit in Übereinstimmung mit ihrem vorherrschenden Selbstverständnis noch immer als reine Arbeitnehmerpartei verstanden und begegnet deshalb auch gerade in mittelständischen Kreisen erheblichen Vorbehalten, die sich in entsprechenden Wahlergebnissen eindeutig niederschlagen.

Es ist für die Sozialdemokraten zur Stärkung ihrer politischen Wirkungsmöglichkeiten eine ganz wichtige Aufgabe, solchen Vorbehalten innerhalb und außerhalb der Partei entgegenzuwirken. Ein kurzer Blick auf Programm und Leistung der SPD für Selbständige soll hierzu beitragen.

Die SPD ist nicht ausschließlich eine Arbeitnehmerpartei. Das Godesberger Programm bezeichnet sie als eine Partei der Freiheit des Geistes, die eine Gesellschaft erstrebt, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und mit anderen in Solidarität und Gerechtigkeit leben kann. Damit ist es Aufgabe der SPD, auf allen Gebieten auf die Schaffung bestmöglicher Voraussetzungen für eine solche menschenwürdige Gesellschaft hinzuwirken, und zwar für jedermann und alle Schichten und dies nicht nur durch Deklamationen, sondern durch Schaffung konkreter Lebensverhältnisse, die allen in unserem Lande lebenden Menschen eine Gestaltung ihres Lebens nach diesen Grundsätzen ermöglichen. Da nun die Arbeitnehmer diejenige Berufsgruppe bilden, deren Lebensbedingungen am weitesten von solchen freien Gestaltungsmöglichkeiten entfernt sind, ist es konsequent, daß die SPD sich in erster Linie die Wahrung der Arbeitnehmerinteressen zur Aufgabe gemacht hat. Sie muß sich aber aus dem gleichen Grunde auch zur politischen Verfechterin der Interessen anderer Bevölkerungsschichten machen, die des Schutzes und der Unterstützung bedürfen, um in Freiheit und ohne wirtschaftliche Existenzangst leben zu können. Und hier geraten sofort die Selbständigen in Handel und Handwerk, in den freien Berufen, in den kleinen und mittleren Unternehmen und die Landwirte in das Blickfeld: Die Konzentration in der Wirtschaft, die Abhängigkeit von Aufträgen von Großunternehmen, der Zwang zur Rationalisierung, der zunehmende Kostendruck, die ständige Steigerung des persönlichen Einsatzes und die zunehmende Kompliziertheit des Marktgeschehens, der einschlägigen Vorschriften und Gesetze haben den Mittelstand in vergleichbarer Weise schutzbedürftig gemacht, wie den Arbeitnehmer.

Die SPD hat in klarer Erkenntnis dieser Tatsachen ihr ausdrückliches Bekenntnis zu freiem Wettbewerb und freier Unternehmerinitiative im Godesberger Programm ergänzt

- o durch die Betonung ihrer Einsicht im Orientierungsrahmen '85, daß eine ausreichende Zahl von kleinen und mittleren Unternehmen für eine optimale Versorgung der Bevölkerung notwendig ist;
- o durch die Regierungserklärung des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Helmut Schmidt vom 17. Mai 1974, in der die mittelständischen Selbständigen als ein unverzichtbarer Bestandteil einer am Leistungswettbewerb orientierten Wirtschaft bezeichnet werden;



- o durch den Beschluß des Bundesvorstands vom 26. Januar 1976, in dem die wichtigen Funktionen der Selbständigen für wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit hervorgehoben werden und
- o durch den Beschluß des Berliner Parteitages vom Dezember 1979, in dem zukunftsweisende Grundsätze für die sozialdemokratische Selbständigenpolitik enthalten sind.

Aber nicht nur nach ihren programmatischen Vorsätzen, sondern auch in ihren politischen Taten tritt die SPD für die Selbständigen ein. Wettbewerbspolitisch ist sie der zunehmenden Konzentration entgegengetreten und hat die Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen bei gleichzeitiger Erleichterung der leistungssteigernden Zusammenarbeit kleiner und mittlerer Unternehmen verstärkt, steuerpolitisch sind kleine und mittlere Betriebe entlastet worden, durch Verbesserung der Ausbildungsförderung hat sie sich den Nachwuchs- und Personalproblemen der Selbständigen gestellt, und durch gezielt mittelstandsfördernde Subventionsprogramme konnte sie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmer beitragen. Alles in allem ist es der SPD in Koalition mit der FDP gelungen, ein Klima des Vertrauens für Selbständige zu schaffen, das nach zwei Jahrzehnten des Rückgangs seit 1976 erstmals wieder zu einer Zunahme der Zahl selbständiger Betriebe geführt hat!

Viele Selbständige erkennen diese Leistungen der SPD an. So sind etwa 80.000 Mitglieder der SPD Selbständige und ist die AG Selbständige die älteste Arbeitsgemeinschaft in der Partei. Dennoch begegnen Selbständige in der Partei noch gewissen Vorbehalten, die sich historisch und aus der sehr schlichten Gleichung Selbständige = Unternehmer = Interessengegner erklären lassen. Daß Selbständige häufig selbst einmal Arbeitnehmer waren, und daß die wirtschaftliche Entwicklung viele neue Formen der Selbständigkeit hervor gebracht hat, die sich in das überkommene Arbeitgeber-/Arbeitnehmerschema nicht mehr einordnen lassen, wird erst allmählich zur Kenntnis genommen.

So gilt es denn nicht nur, durch sachlich überzeugende Politik und Vertrauensarbeit in der Öffentlichkeit zu einem Wandel politischer Einschätzungen beizutragen, sondern auch innerhalb der Partei die Einsicht zu fördern: Der politische Interessenwahrer der kleinen und mittleren Selbständigen ist die SPD!

(-/20.5.1980/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

